

Keine Klagen: Ausfahrt Frickenhofen genehmigt

VERKEHR Die Enttäuschung bei den Gegnern der Autobahnausfahrt ist enorm: Trotz zahlreicher Einwände ist der Planfeststellungsbeschluss nun rechtsgültig.

VON EVA GAUPP UND WOLFGANG SCHÖN

LANDKREIS. Jahrelang hatten die Freunde des Lengenbachtals, der Bund Naturschutz und einzelne Bürger gegen den zusätzlichen Autobahnanschluss für Neumarkt gekämpft. Jedoch ohne Erfolg, denn die Klagefrist ist ausgelaufen, ohne dass sich ein Kläger gefunden hätte. „Wir hätten schon geklagt, aber wir hätten juristisch keine Chance gehabt“, sagte am Freitag ein maßlos enttäuschter Stefan Oppermann. Abgesehen davon fehle dem Verein das nötige Geld, um eine Klage durchzuziehen.

Gerade die Freunde des Lengenbachtals hatten mit Aktionen, Briefen und Gesprächen immer wieder versucht, den Anschluss zu verhindern. Auch beim Erörterungsverfahren im Juni 2008 waren sie mit ihrem Münchner Anwalt Dr. Josef Schneider vertreten gewesen und hatten die Argumente der Regierung der Oberpfalz, die das Verfahren als Genehmigungsverfahren leitete, teilweise regelrecht auseinander genommen. Zum Teil hatten die Behördenvertreter der Kritik nichts entgegen zu setzen.

Umso überraschter ist Oppermann, dass keines ihrer Argumente in der folgenden Überarbeitung der Pläne berücksichtigt worden ist. „Der Erörterungstermin war ein reines Schaulaufen.“ Er kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass die Argumente einfach unter den Tisch gefallen seien. Für ihn sehe es so aus, als ob der politische Wille deutlich stärker gewichtet worden ist.

Dem Kreisvorsitzenden des Bund Naturschutz, Dr. Josef Guttenberger, fehlen angesichts des Ausgangs des

Verfahrens schlichtweg die Worte. „Das Hauptargument ist der politische Wille“, sagt auch er. Grundsätzlich werde bei so einem Vorhaben das öffentliche Interesse abgewogen – „und wenn fünf Bürgermeister und ein Landrat auftreten, kann das öffentliche gar nicht größer sein“.

Bei Klaus Fritsche, der unmittelbar neben dem künftigen Autobahnanschluss wohnt und damals ebenfalls Einwände beim Erörterungstermin vorgebracht hatte, überwiegt derzeit noch die Überraschung. Er hatte bis zu dem Anruf des Tagblatts noch gar nicht gewusst, dass der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig ist. „Ich hatte erwartet, dass man darüber noch einmal informiert wird.“ Doch das ist scheinbar ausgeblieben. Überhaupt fühlte er sich in den vergangenen Jahren äußerst unzureichend informiert – auch von der Stadtverwaltung. Als betroffener Bürger hätte er einen intensiveren Dialog erwartet.

Beteiligte wurden informiert

Informiert worden seien die Untere Naturschutzbehörde, beteiligte Verbände und Grundstückseigentümer, erklärt Markus Bindnagel. Laut dem Sachgebietsleiter an der Dienststelle Fürth von der Autobahndirektion Nord ist die Klagefrist Anfang des Monats ausgelaufen, damit besteht offiziell Baurecht. Seinen Angaben zufolge könnte mit der Realisierung des drei Millionen Euro teuren Projekts Ende 2010 begonnen werden – vorausgesetzt, das Geld steht bereit.

Was die eingearbeiteten Veränderungen angeht, spricht Bindnagel vor allem den verbesserten Lärmschutz an. Dieser war bereits am ersten Erörterungstermin von der Regierung zugesagt worden. Bis zu vier Meter hoch soll die Lärmschutzwand bzw. der Lärmschutzwall gebaut werden, um die Anwohner zu schützen. Darüber hinaus sei bei der Begründung für den Bau nachgelegt worden, sagt Bindnagel. Dazu gehörten unter anderem die Stellungnahmen von Feuerwehr und Rettungskräften, die durch die zusätz-

liche Autobahnausfahrt eine schnellere Hilfe bei Unfällen auf der Autobahn gewährleistet sehen.

Damit ist das Kapitel Autobahnanschluss Frickenhofen wohl vorerst abgeschlossen. Doch auch wenn der Stadtrat sich gegen eine Ostumgehung ausgesprochen hat – Dr. Guttenberger ist der festen Überzeugung, dass das Thema nicht vom Tisch ist. „Diese Salami-Taktik hatten wir von Anfang an befürchtet.“ Wenn sich die Verkehrsströme durch die neue Ausfahrt veränderten, entstehe Druck durch die Anwohner. Und dann, so vermutet der Kreisvorsitzende des BN, könnte die Ostumgehung ganz schnell wieder auf dem Tisch liegen.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

„Auch wenn das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen und damit das Baurecht hergestellt worden ist, bedeutet dies noch lange nicht, dass die zusätzliche BAB-Ausfahrt Frickenhofen auch zeitnah gebaut werden wird.“ Diese Hoffnung verkündete der Grünen-Bundestagsabgeordnete Dr. Toni Hofreiter am Freitagabend in Lengenfeld. Beim Bund seien Verkehrsmaßnahmen in Milliardenhöhe in den Schubladen, doch es fehle das Geld für die Realisierung. Die leeren Kassen würden ein Übriges dazu tun.

„Wer Straßen baut, wird Verkehrsernten“ – damit machte der Sprecher der Grünen im Verkehrsausschuss des Bundes den Lengenfeldern wenig Hoffnung, dass die Ausfahrt Frickenhofen wirklich spürbar weniger Verkehr für den Ort bringen werde. Da sei es vernünftiger, auf andere Maßnahmen zu setzen, zum Beispiel eine Geschwindigkeitsbegrenzung und ein Durchfahrtsverbot für Laster. „Beides ist möglich, es muss nur der politische Wille dahinterstehen“, sagt Hofreiter – und sagte in diesem Punkt den Vertretern der Bürgerinitiative volle Unterstützung der Grünen zu. Wenig Aussichten machte Hofreiter für eine Umgehungsstraße, noch dazu, wo in Lengenfeld naturschutzrechtliche Belange hoch seien.



Rund 700 Menschen hatten sich an der Aktion der Lengenbachtalfreunde und des Bunds Naturschutz gegen die Autobahnausfahrt samt Ostumgehung im Oktober 2007 beteiligt. Auch als es im Februar 2008 im Stadtrat um die Ostumgehung ging, war das Interesse der Bürger groß. Bei der Erörterung im Juni 2008 konnten die Kritiker ihre Einwände vorbringen. Am Freitag informierte sich Grünen-Abgeordneter Toni Hofreiter. Fotos: Archiv, Schön

KOMMENTAR

VON EVA GAUPP



Fluch oder Segen

Der Schlusspunkt unter das Planfeststellungsverfahren für den neuen Autobahnanschluss Frickenhofen ist zu einem Ausrufezeichen geworden. Von Anfang an hat es Gründe für seinen Bau gegeben, allen voran die Verbesserung der Infrastruktur im Landkreis. Daran haben Bürgermeister wie auch der Landrat ein vorrangiges Interesse. Auch die Rettungskräfte haben recht, wenn sie möglichst kurze Wege einfordern.

Doch von Anfang an hatte das Projekt einen großen Haken: Die Planung des Autobahnanschlusses hätte nie als Einzelprojekt betrachtet werden dürfen. Gleichzeitig hätte die Anbindung thematisiert werden müssen. Das wurde zwar nachgeholt und mit der „Nulllösung“ des Stadtrats wurde der umstrittenen Ostumgehung eine Absage erteilt. Doch diese Diskussion wurde erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit und der engagierten Bürger nachgeholt. Die Informationspolitik gerade von Seiten der Stadt hat in diesem Punkt zu wünschen übrig gelassen.

Nun werden mit dem Anschluss Fakten geschaffen. Ob die nachgereichten Verkehrsgutachten zutreffen, die keine entscheidende Veränderung der Verkehrsströme prognostizieren, wird sich herausstellen. Genauso wird sich herausstellen, ob die Ausfahrt Fluch oder Segen für die Region bedeutet. Doch es bleibt ein schaler Nachgeschmack: Die Bürger haben den Eindruck, dass ihre Argumente nicht gehört wurden, dass ihre Meinung weniger zählt als die der Politik. Und das hängt nicht nur mit dem Ergebnis zusammen, sondern mit der Art des Dialoges, der während des gesamten Verfahrens geführt oder eben auch nicht geführt worden ist.

DAS PROJEKT

› **Baukosten:** 3 Millionen Euro, 80 Prozent zahlt der Bund, 20 Prozent der Freistaat Bayern; 10 Prozent davon kostet der Schallschutz

› **Beschleunigungsstreifen:** Für die je 250 Meter langen Beschleunigungs- bzw. Bremsstreifen ist kein zusätzlicher Grund notwendig, die Fläche wird an der Seite entnommen – dafür wird die Böschung steiler

› **Flächenbedarf:** 2 Hektar insgesamt, 360 Quadratmeter Biotopfläche, 1,1 Hektar werden versiegelt; fast der gesamte Grund ist in Privatbesitz

› **Brücken:** über den Lampertshofener Bach mit je 2,80 Metern Höhe